

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Nr. 22.

Dresden, Freitag den 27. Januar 1911.

22. Jahrg.

Konservative und Nationalliberale.

Nationalliberal — das ist nichts anderes als perpetuum mobile, als unaussprechliches Ein und Der und Weis-nicht-wohin. Sie war dieses Schwanken und Schwenken schlimmer als jetzt. Und nie war es blamabler für diese Nationalliberalen. Denn nicht nur in diesen Zeitläuften der schwarz-blauen Gemütskur eine gewisse Selbstbesinnung der Liberalen in eigenen Lebensinteressen dieser Partei gelegen. Um so mehr aber und jämmerlicher ist ihr betrunkenes Labieren.

Seit dem Zusammenbruch des Bismarckblocks sind die Nationalliberalen schwer verärgert wider ihre konservativen Bundesgenossen. Sie hatten gemeint, eine leitende politische Rolle zu spielen, aber der Junfer dachte nicht daran, ihnen diese Rolle einzuräumen. Insofern nun aber einen ernstlichen und entschlossenen Kampf gegen die mit dem Zentrum verbündeten Konservativen zu unternehmen, schloßen die Nationalliberalen vor Angst, daß sie in den Verdacht kommen könnten, wirklich Opposition machen zu wollen. Die Oppositionsgebärde ist ihnen nur dazu gut, um diejenigen Wähler, die nicht alle werden zu betören. Tatsächlich bekämpfen sie die Reaktion nicht, um sie zu besiegen, sondern um sie zu bewegen, daß sie die Nationalliberalen ein wenig mit aus der Regierungstrippe heben lassen.

In Sachsen haben die Nationalliberalen längst ganz unmerklich die Lösung ausgegeben: Mit den Konservativen gegen die Sozialdemokratie! Die sächsischen Nationalliberalen haben kein Vertrauen mehr in ihre eigene Werkkraft, sie glauben ihre Positionen bestenfalls noch dadurch zu und da halten zu können, daß sie die konservative Hilfe erbitten. Wie ihre Neben gegen die Konservativen bleiben daher nur Fomium. Sie sind in demselben Moment, da sie angeblich gegen die Konservativen kämpfen wollen, bereit, dieser Partei Beihilfe zu leisten. Freilich, die Wählerchaft wird diese Schamereien nicht mitmachen und den Nationalliberalen, die Bündnisse mit den Konservativen eingehen, den Stuhl aus dem Hause werfen.

Auch in anderen Landesteilen treten die konservativen Reaktionen der Nationalliberalen jetzt wieder deutlich hervor. Es ist so, daß die scharfmacherische Post bereits das Vertrauen eines konservativ-nationalliberalen Blocks mit großer Begeisterung begrüßt zu dürfen glaubt. Die Post fand schon in einer Ausfertigung der Nationalliberalen Korrespondenz über die parlamentarische Anwendung der Reichsfinanzreform den Ausdruck eines tiefgehenden Stimmungswechsels in der nationalliberalen Partei. Diesen Stimmungswechsel sei am Donnerstag in Abgeordnetensitzung mit aller Schärfe Ausdruck gegeben. Nach der Rede Dahms über das Verhältnis von Industrie und Landwirtschaft, erhob sich der Nationalliberale Lehmann, um den Willen der nationalliberalen Partei zum Ausdruck zu bringen, mit den Konservativen zusammenzutreten. Man sei dabei von Bloßbegeisterung frei, man dürfe einfach der politischen Notwendigkeit, hinter den verächtlichen Interessen und Zielen dürfe, die grundsätzliche Verwandtschaft der beiden Parteien nicht so zurücktreten, wie dies zum alleinigen Nutzen der Sozialdemokratie in den letzten Monaten geschehen sei. Die Post fährt dann fort:

Das Wichtigste ist, daß der Anschluß der Nationalliberalen prinzipiell nach rechts und nicht nach links erfolgt. Wir begrüßen selbstverständlich diese Annäherung zwischen Konservativen und Nationalliberalen aufs lebhafteste. Sie beweist, daß die nationalliberale Partei sich ebenso auf ihre Vergangenheit wie auf ihre Zukunft besinnt und sich wieder auf die bürgerlichen und konservativen Kreise des Volkes gründen will, denn politische Wandlung ist eigentlich ist und in denen sie nur ihre wirkliche Macht haben und finden wird.

Die Post hätte außer den nicht mehr ungewöhnlichen konservativen Ausfertigungen der Natlib. Korresp. und der Rede des Hrn. Lehmann sich noch auf ganz andere Indizien berufen können, die für eine energische Rechtsabwendung der Nationalliberalen sprechen. Hierzu gehört neben einem vielbewachten Artikel der Magdeburger, der einer unbedingten Unterstützung für die Rechte des Wortes, besonders auch in der Sache, daß der nationalliberale Führer Wassermann nicht wie ursprünglich geplant war, im Bereich des badienischen Wahlkreises, sondern in dem nationalliberalen Wahlkreis aufgestellt wird. Wodurch hier es: „für Leute ohne Parteipolitik keinen Plenum mehr“, und die Radikalität von Hrn. Wassermann Kandidatur wurde mit leidenschaftlichem Eifer demotiviert. Nachher hat man sich eines besseren bedacht, den fraktionellen Führer in der Hand zu behalten. Und bei seiner bekannten Eintrachtigkeit und Parteifähigkeit dürfte Herr Wassermann als Abgeordneter von Bismarck als Abgeordneter von Freiburg gewesen wäre.

In übrigen ist es für die Partei Drehscheibe unendlich wichtig, daß die Post des Freiherrn v. Schumm selbst an Lehmann, wären zu nennen: Unterstützung des agrarischen und Nationalliberalen von Willenausträgern für Militärabrechnung, Anselmgesetz gegen die Arbeiter-

Je mehr aber die Nationalliberalen den Weisfall der Post und ihrer Kollegen zu finden sich bemühen, um so ent-

schiedener werden sie von der Menge der Wählerchaft abgelehnt werden. Die Nationalliberalen mögen sich dann nur auf „die bürgerlichen solid hundertsten Kreise“, wie die Post so reichlich die Besten und Kapitalisten umjährt, stützen. Die breiten Massen der kleinen Beamten, der Handwerker, der Angestellten werden sich voll Verachtung von der Partei abheben, die durch Zweideutigkeiten ihren kapitalistischen Charakter und ihre Sehnsucht nach der Freundschaft mit den Blauen und Schwarzen zu verbergen sich vergeblich bemüht.

Zur Wiederaufnahme des Essener Meineidsprozesses.

4. (Schluß)

War die ganze Aktion seitens der Herrschenden von Anfang an als politische Aktion gedacht und durchgeführt worden, so nahm auch die gesamte klassenbewußte Arbeiterchaft auf der Stelle das Urteil als einen gegen sie selbst gerichteten Streich auf. Unmittelbar nach dem Prozeß, schon am Tage nach der Urteilsfällung, stellten die Essener Genossen, deren Kandidat Schröder schon mehrfach gewesen war, den „Schloßen“ — das Gericht hatte ihm und den fünf anderen zu Zuchthaus Verurteilung neben der Zuchthausstrafe auch noch die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren und die Fähigkeit zu wählen gar für Lebenszeit aberkannt! — von neuem zum Reichstagskandidaten auf, unter Jubelnder Zustimmung der ganzen Partei. In einem Flugblatt, das in großen Massen in Essener Kreise verbreitet wurde, forderten nach eingehender Schilderung des Sachverhalts unsere Genossen die Wähler auf: „Nunmehr urteilt selbst, welche Gründe es waren, die Schröder und seine Mitangeklagten ins Zuchthaus brachten! Waren es rechtliche oder politische? Wir sind überzeugt, jeder rechtlich denkende Wähler des Essener Kreises wird zu der Überzeugung kommen: bei der nächsten Reichstagswahl wähle ich den ehrenhaften „Zuchthausler“ Ludwig Schröder-Dortmund als Reichstagsabgeordneten für den Wahlkreis Essen!“ Und als Genosse Schröder dann später, nachdem auch der letzte Tag der ungebührlichen Strafe verfließen war, das Zuchthaus verlassen hatte, bereitete ihm die Essener Arbeiterchaft einen Empfang, wie er in Essen noch keinem Könige zuteil geworden war.

Eine großartige Sammelaktion für die Familien der Opfer wurde ins Werk gesetzt. Noch nie zuvor hatte sich die praktische Solidarität der deutschen Arbeiterchaft so glänzend bewährt wie in diesem Falle: in kürzester Frist waren viele Zehntausende zusammengebracht.

Diese allgemeine Teilnahme half den Familien der Opfer — Schröder u. A. hatte Frau und zehn Kinder — wenigstens einigermaßen über die erste schwere Zeit hinweg. Sie ließ sie auch lächeln über die Niedertracht der Gegner, die, nicht zufrieden mit der Verurteilung der Männer, auch an den wehrlosen Frauen ihr Mitleid zu zeigen suchten, indem man z. B. den Frauen Billing und Beaman unmittelbar nach dem Prozeß die Wohnung kündigte! Schröder selbst schrieb am Tage nach seiner Verurteilung an den Rechtsanwalt Dr. Niemeyer einen Brief, in dem es heißt:

„Seien Sie versichert, ich werde meine mit auferlegte Strafe, wenn es nicht anders sein kann, mit männlicher Geduld zu tragen wissen; die absolute Schuldlosigkeit gibt mir den Mut und die Kraft, auch in unglücklichen Tagen mit der innerlichsten Veruhigung der so traurigen Zukunft getrost entgegen zu sehen.“

Die bürgerliche Presse, soweit sie sich noch einen Rest von Gerechtigkeitssinn aus den Flammen des Klassenhasses gerettet hatte, stimmte der sozialdemokratischen Presse in der scharfen Beurteilung des Urteils durchaus zu. Die konservativen Grenzboten, Jastrów in der Sozialen Praxis, Theodor Barth in der Nation — ja selbst Herr Harden in seiner Zukunft teilteiferten in der schärfsten Kritik der Essener Justizaktion. Natürlich aber fehlte es auch nicht an scharfmacherischen Verteidigern des Urteils, die zentralistische Tremonia und die großindustriell-nationalliberale Rheinisch-Westfälische Zeitung nannten dies schon früher. Ihnen gefielen sich Blätter wie die Kölnische Zeitung, die gleichfalls nationalliberale Magdeburgerische Zeitung und das Regierungsorgan, die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, zu. Ein anderes scharfmacherorgan, die nationalliberale Fränkische Morgenzeitung, leistete sich folgende Niedertracht, die in ihrer zynischen Offenheit die gehelmten Leibesfedern der Essener Aktion in ebenso brutaler wie dankenswerter Weise bloßlegte:

„Die Geschworenen haben auch zurückgegriffen und mussten zurückgreifen auf die Tatbestände früherer Gerichtsverhandlungen, auf ihre Beurteilung von Seiten der Sozialdemokratie. Sie mussten diese Tatsachen in Berücksichtigung ziehen, wollten sie verhindern, daß diese recht- und gesetzlose Redensarten ungestraft ihren zynischen Lohn über Gesetz und Recht ergiebt. Die Sozialdemokratie... konnte ein fünf- undzwanzigjähriges Jubiläum der Verherrlichung der Ehre, des Treubruchs und des Meineides feiern. Sie darf sich nicht beschämen, wenn wir „Mordpatristen“ ihre Auffassung der Bedeutung von Gesetz und Recht mit einigen Zehntausend Zuchthaus zu fertigeren suchen.“

Auch einige wenige andere Blätter versuchten den ein paar Jahre früher von dem bekannten Herrn Komon aufgebracht verlesenen Platsch, unsere Partei heiße grundfänglich den politischen Meinelid gut, aus Anlaß des Essener Prozesses aufs neue in Kurs zu bringen und so eine allgemeine Meinelidhege gegen die Sozialdemokratie zu inszenieren. Aber schließlich waren solche Niederträchtigkeiten doch immerhin mehr oder weniger vereinzelt. Bei der großen Vielzahl der bürgerlichen Blätter überwiegt durchaus das starke Entsetzen über den furchtbaren Schlag, den das Essener Urteil dem Glauben der Massen an die erhabenen über allen Klassen- und Parteilämpfen thronende unparteiische Justiz versetzt hatte. Und in der Tat hat sich die deutsche Justiz von diesem Schlag, den sie hies sich selbstmörderisch zugefügt, nie wieder zu erholen vermocht! Die Erinnerung an Essen ist lebendig geblieben im deutschen Proletariat, wenn auch nach einigen Jahren das nicht minder furchtbare Lötter Zuchthausurteil diese Erinnerung ein wenig in den Hintergrund drängte.

In den seit dem Essener Prozeß verflochtenen mehr als anderthalb Jahrzehnten sind, nachdem zum Schluß auch weiter bürgerlicher Juristenkreise die rechtlich fundamentariere Revision vom Reichsgericht zurückgewiesen worden war, zahllose Versuche gemacht worden, eine Wiederaufnahme des Verfahrens durchzusetzen. Teils gingen, noch während der Verbüßung ihrer Strafe, diese Versuche von den Angeklagten selbst aus, teilsweise von ihrem in der Sache die heute unermüdet rührenden Anwalt Dr. Niemeyer-Essen, teils endlich von der bürgerlichen Gesellschaft für Verbreitung ethischer Kultur. Alles war lange Zeit vergebens! Die Verurteilten haben ihre Strafen bis zum letzten Augenblick verbüßt und haben teilweise im Zuchthaus das schwerste, sogar körperliche Züchtigung über sich ergehen lassen müssen. Und das, trotzdem in einem Minterprozeß gegen den Genossen Hofrichter-Röhm ein anderer Gerichtshof ausdrücklich feststellte, an der subjektiven Täthmässigkeit derer, die gegen Männer ausgesagt hätten, sei in keiner Weise zu zweifeln.

Auch jetzt noch, da durch die schon erwähnte, aus einer anderen Affäre erwachsene Meinelidanklage gegen Wüster und dadurch, daß sich ganz unerwarteter Weise zwei neue Teilnehmer an jener alten Bauhauser Versammlung als Zeugen meldeten, denen die Angst, das gleiche Schicksal wie die unglücklichen Sieben möchte sie ereilen, bis dahin den Mund geschlossen hatte — auch jetzt noch, sagen wir, wo durch diese Ereignisse die vom Gesetz als Vorbedingung des Wiederaufnahmeverfahrens geforderten „neuen Tatsachen“ ungewiß geblieben waren, auch jetzt noch hatte das Essener Gericht, wie so oft schon, die Eröffnung des Wiederaufnahmeverfahrens zunächst abgelehnt. Erst eine höhere Instanz schaffte Remedium. Trotz alledem ist natürlich zweifelhaft, ob das neue Schwurgericht den furchtbaren Fehlspruch des Gerichts von 1895 in entgegengesetzter Formel wieder gut machen wird; in der Sache selbst kann ja das Entscheidende, das damals geschehen, nie mehr aus der Welt geschafft werden! Aber selbst wenn es zur Aufhebung des Urteils von 1895 kommt, werden sich nur noch fünf der Verurteilten, von denen einer eigens aus Amerika zu den Verhandlungen herüberkommt, der formellen Sühne erfreuen können. Zwei der Opfer sind schon längst nicht mehr am Leben...

Am Leben aber ist, am kräftigen, gesunden Leben ist die deutsche Arbeiterbewegung, der der Schlag von 1895 in erster Linie zugebracht war. Und gerade im Ruhrgebiet selbst kann man vom Essener Prozeß an geradezu eine Neugeburt sowohl der gewerkschaftlichen wie der politischen Bewegung blicken. Ueberall in Deutschland ein gewaltiger Aufschwung seit 1895 — der gewaltigste Aufschwung aber im Ruhrgebiet! Nachdem der erste betäubende Schlag überwunden war, konsolidierte sich der bis dahin recht loder gefügte „alte“ Vergarbeiterverband innerlich ganz außerordentlich; aus den wenigen tausend mangelhaft geschulten Mitgliedern, die er vor dem Prozeß zählte, sind heute fast 150 000 geworden, die zum ganz überwiegenden Teile auf das Ruhrgebiet entfallen. Dagegen geht es mit dem „christlichen“ Gewerkschaftsverband, dem die Essener Justizaktion helfend unter die Arme greifen, dem sie den unabweisbaren Konkurrenten aus dem Wege räumen sollte, unaufrichtig bergab — gerade in der letzten Zeit verliert er allmonatlich Tausende von Mitgliedern, ganze Jahreshellen treten zum „alten“ Verband über...

Beispiellos ist auch der Aufschwung der Sozialdemokratie im Ruhrbeden seit dem Jahre 1895. Die Parteipresse hat an Zahl, Umfang und Verbreitung ungeheuer gewonnen, die Zahl der politisch organisierten Genossen stieg von wenigen Hunderten auf mehrere Zehntausende, gewaltig wuchs ihre Einsicht in Wesen und Bedingungen des proletarischen Klassenkampfes. Bei den letzten allgemeinen Reichstagswahlen musterte die Partei der „Meinelidigen“ in den sechs Wahlkreisen des eigentlichen Ruhrbedens circa 160 000 Stimmen gegen rund 50 000 bei der Wahl von 1893, der letzten Wahl vor dem Prozeß.

Das war das politische Resultat des Essener Meinelidprozesses von 1895. Und die es Resultat kann das Wieder-